

Deponie-Referendum kommt zustande

In Rheinfelden sitzt der Frust über den Verlauf der Gemeindeversammlung noch immer tief

Von Tobias Gfeller

Rheinfelden. Die Deponiegegner trotzten am Samstagmorgen dem strömenden Regen in der Marktgasse. Nur ein kleines Zelt schützt die Unterschriftsbögen vor der Feuchtigkeit. «Das ist harte demokratische Basisarbeit», schmunzelt André Chenaux, der zusammen mit zwei Kollegen das Zelt kurz nach neun Uhr aufstellt. Die Stimmung ist von Beginn weg gelöst. Denn alle wissen, das Zustandekommen des Referendums ist nur noch Formsache.

Gegen 800 Unterschriften wurden bis Samstagabend gesammelt. Für ein Referendum braucht es in Rheinfelden exakt 751. Um auf der sicheren Seite zu sein, wird weiter gesammelt. Nun darf das Volk voraussichtlich im Juni über die Deponie und somit die Rodung des Waldgebiets Wäberhölzli befinden. Die Gemeindeversammlung stimmte der Deponie in einer zweiten Abstimmung am selben Abend nach einem umstrittenen Rückkommensantrag zu.

Verständnis für beide Seiten

Die Marktgasse ist an diesem ungemütlichen Morgen alles andere als belebt. So bleibt mehr Zeit, um die wenigen Passanten anzusprechen. Grösstenteils unterschreiben die Angesprochenen das Referendum willig, wenn sie dies nicht schon zu einem früheren Zeitpunkt getan haben. «Ich sehe einfach nicht ein, weshalb man dieses schöne Waldstück abholzen soll», meint eine Frau, die bei der Stadt angestellt ist und deshalb ihren Namen nicht publiziert haben möchte. Sie sei nicht an der denkwürdigen Gemeindeversammlung gewesen, habe aber in den Tagen danach erfahren, was genau abließ. Sie kann den Frust von beiden Seiten verstehen. «Man läuft nicht jubelnd aus einer laufenden Versammlung. Was aber danach mit dem Rückkommensantrag lief, war auch nicht wirklich sauber.»

Mit dieser differenzierten Einschätzung steht sie nicht alleine. Viele Passanten kritisieren die Deponiegegner für das frühzeitige Verlassen der Versammlung. Die Kritisierten reagieren teilweise einsichtig, manchmal aber auch trotzig und begründeten das Herauslaufen mit der langen Dauer der Versammlung. «Eine Gemeindeversammlung ist erst richtig abgeschlossen, wenn sie wirklich fertig ist», findet Catarina Vaterlaus zum Streit um den Rückkommensantrag. Sie hat das Referendum ebenfalls unterschrieben, moniert das reine Vertreten von Partikularinteressen. «Entweder man beschäftigt sich mit allen oder mit nichts.» Dieser Meinung ist auch Barbara Rothen, die das Referendum ebenfalls unterstützt, damit ganz Rheinfelden abstimmen kann. «Wenn man an eine Versamm-



Schnell unterzeichnet. Unterschriften vor dem Rathaus gegen die Deponie Wäberhölzli zu sammeln, fiel leicht. Foto D. Plüss

lung geht, sollte man sich für alle Traktanden interessieren.» Sie habe den Rückkommensantrag in Ordnung gefunden. «Man konnte wissen, dass diese Möglichkeit besteht. Man musste sich nur wirklich dafür interessieren.»

Barbara Rothen hat noch keine definitive Meinung gefasst. «Abholzung ist nicht nur negativ», gibt sie zu bedenken. «Die Renaturierung, wenn die Deponie voll ist, finde ich positiv. Das hat sich unter anderem auch auf dem Rheinfelder Berg gezeigt.» Und irgendwo müsse der Schutt ja abgelagert werden. Mehrere Passanten begründeten ihre Unterschrift mit Erlebnissen, die sie mit dem Wäberhölzli verbinden. So auch Helena Schenker, die täglich mit ihren Hunden im Wald spaziert und die beim Unterschriftensammeln die Empörung der Rheinfelder gegenüber dem Stadtrat verspürte.

Stadtrat verliert Vertrauen

Was an der Gemeindeversammlung abließ, sei für sie «ein dicker Hund». Man habe klar gemerkt, behauptet sie, dass der Rückkommensantrag des FDP-Präsidenten mit Stadtpräsident Franco Mazzi abgesprochen gewesen sei. «Unserer Regierung kann man nicht mehr trauen», klagt Schenker. Noch emotionaler, aber in die andere Richtung, wurde eine Frau, die nicht unterschreiben wollte. «Ich finde es noch immer gut, dass nochmals abgestimmt

wurde», schimpfte sie zu Unterschriftensammler Dieter Frei. Sie habe Leute an der Versammlung gesehen, die sonst nie kämen. «Und dann sind sie einfach hinausgelaufen», empörte sie sich und stapfte entrüstet davon.

Rheinfelden ist einen Monat nach der denkwürdigen Gemeindeversammlung noch immer empört. Dies spürte man am Samstagmorgen in der Altstadt. Nun muss das Volk entscheiden,

wie es mit dem Wäberhölzli weitergeht. Es ist nicht anzunehmen, dass der Abstimmungskampf ruhiger verläuft. Die Deponiegegner sind jedenfalls gerüstet. Bereits für das Referendum sammelten sie Sach- und Geldspenden von rund 5000 Franken. Jürg Keller, Präsident der Interessensgemeinschaft «Nein zur Deponie im Wäberhölzli» spricht von einer «un glaublichen Solidaritätswelle».

Zwei Gemeindebeschwerden hängig

Rheinfelden. Die Deponiegegner haben nach der denkwürdigen Gemeindeversammlung im Dezember zwei Gemeindebeschwerden beim Kanton Aargau eingereicht. Die eine kritisiert, dass mit dem Rückkommensantrag den Deponiegegnern eine «wohlvorbereitete und hinterlistige Falle gestellt» wurde. «Der Rückkommensantrag verstösst gegen das Gebot von Treu und Glauben», heisst es in der Beschwerde weiter. Zudem kritisieren die Deponiegegner den Umstand, dass die Ortsbürger als Eigentümerin des Waldstücks und somit finanzieller Profiteur bei der Abstimmung nicht in Anspruch treten mussten. Laut Martin Süess, Leiter der Rechtsdienste der Gemeindeabteilung beim Kanton, geht es mindestens bis Ende Januar, bis mit einem Urteil gerechnet werden kann. «Es läuft aktuell der

Schriftenwechsel. Der Rheinfelder Stadtrat kann schriftlich Stellung zum Fall nehmen.» Anschliessend bekommen die Beschwerdeführer nochmals die Chance, selber Stellung zu nehmen. «Wenn nötig, gibt es einen zweiten Schriftenwechsel, an dem sich auch der Stadtrat beteiligen kann. Dann wäre ein Urteilsspruch nicht vor Ende Februar zu erwarten.» Vorausblicken, wie das Urteil ausfallen könnte, will Martin Süess nicht. Er bestätigt aber, dass es im Aargau keine Begründung brauche, um an einer Gemeindeversammlung auf ein bereits behandeltes Geschäft zurückzukommen. «Wie sollen die Kriterien für solche Gründe aussehen?», fragt Süess rhetorisch. Deshalb rät der Leiter des Rechtsdiensts eher zu qualitativen Mehrheiten von zwei Drittel oder drei Viertel der Stimmen für solche Rückkommensanträge. tg

Läng d Achs und gib im

Nit ganz dicht

Von Heiner Oberer

Schwiirig, schwiirig, das mit der Mundart. E riisen Uufreegig: Make d Lääde z Basel jetz dicht oder zue? Woehrschynlig beedes. Dicht?! Joo, in öisere Mundart, aso vo deeren im Ooberbaselbiet, gits s Wort dicht nit. Ämmel früener. Me ummschryybs zum Byspiil esoo: bheeb, verschwalle, dickhöörig oder hächligedick. Nummen eso schwätzt fascht niemer me. Verzellt my Göttibueb öbbis vo syne Kollege, won er nit so maag, säit är: «Die sy doch nit ganz dicht.» Ar schwätzt halt numme wie sy Groossvatter vor 100 Johr. Drumm: Au wenn d Bebbi nit «zue» sääge, häisst das no lang nit, as sy nit dicht sy.

bheeb = dicht verschlossen
verschwalle = dicht machen eines Gefässes
dickhöörig = dicht beharrt
hächligedick = dicht gedrängt

Nachricht

Velofahrerin im Kreisel angefahren und verletzt

Therwil. In einem Verkehrskreisel an der Oberwilerstrasse in Therwil übernahm am Freitag eine 46-jährige Autofahrerin beim Eintritt eine 40-jährige, vortrittsberechtigte Velofahrerin. Es kam zur Kollision, worauf die Velofahrerin stürzte und mit der Sanität ins Spital eingeliefert werden musste. Im Zuge der Bergungsarbeiten kam es während rund 45 Minuten zu grossen Verkehrsbehinderungen, wie die Polizei am Wochenende mitgeteilt hat.

Plaggette

Doch nicht schieben



Aesch. Die Idee, die Aescher Fasnacht um zwei Tage vorzuzuschieben, wurde eingehend geprüft. Aesch entschied sich, die bisherigen Daten beizubehalten.

Das diesjährige Sujet der Aescher Fasnacht lautet sinnigerweise: Aesch schiebt nit. Die Plaggette, schon zum vierten Mal von Andy Honegger entworfen, zeigt die Frau Fasnacht im Rollstuhl, welche sich zwar vom Wagis schieben lässt, aber den Aescher Fasnächtlern klar den Takt vorgibt.

Pestizid-Firma soll Bienenhonig untersuchen

Das Amt für Lebensmittel und Veterinärwesen skizziert einen Lösungsweg zwischen IES und Imkern

Von Daniel Wahl

Witterswil/Liestal. Helle Aufregung herrschte unter Baselbieter Imkern, als sie einen Zusammenhang zwischen ihren immer schwächer werdenden Bienenvölkern und den Pestizidversuchen der Firma Innovative Environmental Services (IES) in Witterswil entdeckten. Diese pachtet Felder auf Baselbieter Boden, wo sie die Wirkung ihrer Pflanzenschutzmittel an eigenen Bienenvölker testet.

Weil die Firma IES weder Ort noch Zeitpunkt ihrer Versuche ankündigt, haben die umliegenden Imker keine Möglichkeit, ihre Bienenvölker vor den lockenden Blumenfeldern der IES zu schützen. Als sich noch herausstellte, dass diese Firma bereits geschädigte Imker diskret finanziell entschädigt hatte und für die Versuche im Jahr 2011 gar keine Bewilligung vom Bundesamt für Landwirtschaft vorlegen konnte, wurde der Fall im Baselbiet zum Politikum, dem sich die Grünen und Unabhängigen (GU) seit vergangenen Sommer angenommen haben. Jürg Wiedemann reichte eine Interpellation ein.



Schutz vor Pestizid. Nicht nur die Bienenvölker, auch ihr Honig soll untersucht werden. Foto Keystone

158 Imker hatten schliesslich die Petition «Entschädigung von rückstandsbelastetem Honig durch Feldversuche» unterschrieben, welche die GU im Oktober eingereicht hat. Gefordert wird, im Umkreis von einem Kilometer von einem Testfeld bei allen Bienen-

standorten Honigproben auf das betreffende Pestizid zu untersuchen. Sollten Rückstände feststellbar sein, müsste der Honig entschädigt werden.

Noch Anfang Dezember zeigte sich die Baselbieter Regierung nicht in der Lage, die aufgeworfenen Fragen sachgerecht beantworten zu können und vertröstete Wiedemann auf später. Der eingereichten Petition hat sich indessen die Petitionskommission des Landrats angenommen und einen Bericht geschrieben, der als Erstes an der kommenden Landratssitzung behandelt werden soll. Darin skizziert Peter Wenk, Leiter des Amts für Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen (ALV), wie er das Problem zwischen Imkern und der IES lösen will.

Amtsstellen informieren

Demnach soll die Firma IES künftig im Voraus über die Durchführung von Feldversuchen und die Art der eingesetzten Pestizide das ALV sowie das Landwirtschaftliche Zentrum Ebenrain in Sissach informieren. Dass dies nicht schon früher geschehen ist, bezeichnet Wenk als «tatsächlich nicht optimale Zusammenarbeit» zwischen dem Bundesamt für Landwirtschaft, welches die

Bewilligungen erteilt, und den kantonalen Behörden. Zwar wurden nach dem Pestizideinsatz auf den Feldern folgerichtig keine Direktzahlungen mehr entrichtet, aber der Kantonsveterinär war nicht orientiert.

Ferner soll die Firma nicht nur ihre Bienenvölker, sondern auch deren Honig auf Rückstände untersuchen. Grundsätzlich seien zwar die Imker für die Qualität ihres Honigs verantwortlich. Aber sollten Pestizidrückstände beim Honig der IES-Bienenvölkern feststellbar sein, so würden die Untersuchungen ausgedehnt. Wie die Petitionskommission schreibt, habe Peter Wenk versprochen, dies bei weiteren Diskussionen mit der Firma zu vertreten. Auf Anfrage der BaZ sagte Wenk, dass die Firma offen für solche Lösungen sei, nicht zuletzt, weil das Verfahren die Fortführung der Versuchsreihen ermöglicht.

Für die GU war von Anfang an klar: Die Firma IES sei mitverantwortlich, dass 20 Bienenvölker im Oberbaselbiet vernichtet worden sind. In einem Schreiben kritisiert die junge Sekretärin der GU, Alina Isler, generell die offenen Feldversuche. «Sie gefährden Bienen

und Honig». Dem hält Wenk entgegen, es sei wichtig, dass Firmen wie die IES Pflanzenschutzmittel weiterentwickeln und verbessern können – nicht zuletzt zum Schutz der Bienen selber.

Verantwortlichkeit nicht geklärt

Ob die Firma tatsächlich für den Tod von Bienenvölkern verantwortlich gemacht werden kann, muss laut Wenk offengelassen werden: «Sauber abgeklärt wurde das nie, eine Anzeige ist nicht eingereicht worden.» Es sei auch zu erwägen, dass andere Verursacher aus der Landwirtschaft für das Bienensterben verantwortlich gemacht werden können.

In Kanton Baselstadt werden rund 7000 Bienenvölker von etwa 500 Imkern betreut. «Der volkswirtschaftliche Wert ist mit 10,5 Millionen Franken (1500 Franken pro Bienenvolk) beträchtlich, wobei der Honigertrag pro Bienenvolk 200 Franken ausmacht, der Ernteertrag von Früchten, Beeren und Gemüse, die durch das Bienenvolk bestäubt wurden, ungefähr 1300 Franken», führt Alina Isler an.

Der Lösungsweg stösst in der Kommission auf volle Zustimmung (6:0).